

Eigentlich ist alles gesagt.

Über das was in der Türkei passiert,
über die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem AKP-Regime.

Und wenn es um die Kritik geht an den zahlreichen Verhaftungen, zuletzt die der HDP-Politiker und Politikerinnen, an Verboten, an Gesetzesverschärfungen, am beharrlichen Schweigen der Bundesregierung dazu -
sie sind seit Monaten in allen Medien eindeutig formuliert; niemand macht einen Hehl aus der Missbilligung gegenüber dieser Politik.

Das Erdogan-Regime hat den Drecksjob übernommen, Flüchtlinge von europäischen Grenzen fernzuhalten,

im Gegenzug ist die deutsche Regierungsbank zu einem Schweigekreis mutiert.

Man ist im äußersten Fall besorgt über die Massenverhaftungen, die Abschaffung von Grundrechten, die Folter, und über die rasante Entwicklung der Türkei hin zu einer islamistischen Diktatur.

Vor zwei Jahren noch ließen sich Politiker und Politikerinnen selbst der bürgerlichen Parteien von der Welle der internationalen Solidarität mit Kobane vereinnahmen,

mit dem heldenhaften Kampf der Kurden und Kurdinnen und ihrer Verbündeten gegen den Islamischen Staat,

mit der Intervention der PKK-Guerilla im Sindschar-Gebirge, durch die im August 2014 tausende jezidische Menschen vor dem IS gerettet wurden.

Roderich Kiesewetter, Henning Otte, Volker Kauder, alles hochrangige Unions-Politiker, Rolf Mützenich, SPD-Fraktionsvize – nur ein paar Namen derer, die damals das Betätigungsverbot der PKK offen in Frage stellten.

Heute stellt sich Frank-Walter Steinmeier neben den türkischen Außenminister und sagt "wir stehen zusammen gegen Terrorismus, egal ob er vom 'Islamischen Staat' oder der PKK ausgeht."

Und Thomas de Maiziere betont, man sei in dieser Frage offen für jede Kooperation mit der Türkei.

Denn um Flüchtlinge von europäischen Grenzen fernzuhalten ist die politische Klasse zur Kollaboration mit noch jedem Despoten bereit, ob er nun In Mali, Eritrea, Somalia, im Sudan, in Libyen oder in der Türkei herrscht.

Hauptsache keine Bilder mehr in der Presse von überfüllten Flüchtlingsbooten,
Hauptsache keine Berichte über hunderte im Mittelmeer ertrunkene Männer, Frauen, Kinder, die eine erneute Welle der Empathie und Hilfsbereitschaft in Deutschland verursachen könnten.

In keinem Land der EU wird die kurdische Bewegung so stark verfolgt wie in Deutschland. Das ist seit Jahrzehnten Teil der deutsch-türkischen Zusammenarbeit, die sich auch in dem Eiertanz um die Armenien-Resolution zeigte, deren Bedeutung am Ende durch Merkel wieder relativiert wurde.

Um es klar und deutlich zu sagen:

Der Kampf der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, im Norden Syriens, im Irak und im Iran ist ein Kampf um Selbstbestimmung; es geht um nicht weniger als um Freiheit. Freiheit von Unterdrückung, von religiösem Wahn, von Vergewaltigung und Terror.

Wir haben uns im Saarland als Bündnis zusammengeschlossen, um ganz praktisch mit der kurdischen Bewegung gegen die Diffamierung und gegen repressive Maßnahmen vorzugehen.

Dazu haben wir gemeinsam die heutige Demonstration organisiert, die sich direkt gegen die Verantwortlichen sowohl für die menschenverachtende Flüchtlingspolitik, als auch für die Verfolgung der kurdischen Bewegung richtet:

Die Innenminister der Länder und des Bundes, die sich nächste Woche in Saarbrücken treffen.

Ohne den jahrzehntelangen Kampf der PKK, ohne deren Erfahrungen im Aufbau selbstverwalteter Strukturen, in der Entwicklung eines gleichberechtigten Systems aller Religionen, Ethnien und Geschlechter wäre es nicht gelungen, den Islamischen Staat so weit zurückzudrängen und zu zerschlagen.

Auch dafür verdient sie unsere Solidarität!

Auch deswegen muss das PKK-Verbot fallen!

Die Flüchtlinge kämpfen um ihr Überleben, für ihre Zukunft und die ihrer Kinder.

Sie steigen auf überfüllte Schlauchboote, sie machen sich auf den Weg zu Fuß durch Länder, in denen ihnen Knast, Misshandlung und Folter drohen, um den Kriegen und Massakern in ihren Heimatländern zu entkommen.

Auch darauf ist die einzige Antwort Solidarität!

Setzen wir uns dafür ein, dass mehr Flüchtlinge aus den verheerenden Bürgerkriegsgebieten aufgenommen werden!

Schluss mit dem schmutzigen Deal mit der Türkei, der auf dem Rücken der Flüchtlinge und der kurdischen Bewegung ausgetragen wird.

Hoch die internationale Solidarität!

Biji berxwedana Kurdistan!